

Zunächst begründete Frau Bähr-Losse den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Schell führte a.u. aus, dass auch für die CDU-Fraktion das Thema Schulsozialarbeit sehr wichtig sei. Des Weiteren verwies er auf einen im Kreistag eingebrachten Antrag zur gleichen Thematik. Den derzeitigen Sachstand in dieser Angelegenheit habe er kurzfristig den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig sprach er sich dafür aus, dass in dieser Angelegenheit ein entsprechendes Einvernehmen erzielt werden sollte.

Herr Kammel verwies in seinen Ausführungen darauf, dass der richtige Adressat nicht die Bundesregierung sondern die jeweilige Landesregierung sei, da dies eine Angelegenheit der Länder ist. Hierzu verwies er auf die Antwort der Bundesregierung vom Februar diesen Jahres auf eine kleine Anfrage, wonach die Bundesregierung nochmals betont habe, dass dies Sache der Länder und nicht des Bundes sei. Gleichwohl würde die FDP-Fraktion einen Antrag unterstützen, wenn der richtige Adressat genannt werde. Daher könne sie diesem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion so nicht zustimmen.

Frau Bähr-Losse vertrat die Auffassung, dass nicht bis zu einer Entscheidung im Kreistag gewartet werden sollte, um diesen Antrag der SPD-Fraktion zu beschließen. Ferner verwies sie nochmals auf die schriftliche Begründung zu diesem Antrag.

Herr Metz vertrat in seinen Ausführungen die Auffassung, dass es letztendlich um die Fortsetzung dieser Schulsozialarbeit in der bisherigen Form gehen würde und nicht darum, ob dies vom Bund und/oder von den Ländern finanziert werde. Daher sollte aus seiner Sicht eine Resolution mit folgendem Inhalt verabschiedet werden: Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert vom Bund und Land alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Schulsozialarbeit dauerhaft sicherzustellen.

Frau Schmidt unterstützte den Vorschlag von Herrn Mewtz.

Herr Kammel vertrat nochmals die Auffassung, dass auf jeden Fall der richtige Adressat genannt werden muss, denn für Schularbeit ist das jeweilige Bundesland zuständig.

Herr Radke verwies in seinen Ausführungen auf den derzeitigen Sachstand betreffend des Antrages im Kreistag. Da sich alle Beteiligten einig seien, dass die Schulsozialarbeit fortgesetzt werden muss, schlug er vor, dass die Punkte 1. bis 3. der noch im Kreistag zu beschließenden Resolution für eine entsprechende Resolution des Rates der Stadt Sankt Augustin übernommen werden sollten.

Frau Jung unterbreitete daraufhin den Vorschlag, dass unter Punkt 2 die Worte „im Land“ gestrichen werden sollten.

Diesem Vorschlag von Herrn Radke und Frau Jung schlossen sich alle Beteiligten außer der SPD-Fraktion an. Herr Knülle führte hierzu aus, dass es zurzeit wohl verschiedene Variationen geben würde und seiner Fraktion nicht genau wisse, über welchen Wortlaut abgestimmt werden sollte. Daraufhin verlas Frau Jung die Punkte 1 – 3 einschließlich der Änderung „Streichung der Worte „im Land“ in Punkt 2“. Herr Knülle signalisierte

daraufhin zu jedem Punkt die Zustimmung seiner Fraktion.

Dann lies der Bürgermeister über diesen Vorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Sankt Augustin fasste folgenden Beschluss: